

# ACATIS FAIR VALUE SPEZIAL

05/2021

## Rote Karte für Nike

Im März 2021 wurde der US-amerikanische Sportartikelhersteller Nike aus dem ACATIS Fair Value Universum ausgeschlossen und alle Positionen aus den ACATIS Fair Value Fonds deinvestiert.

Wiederholt hatte das Unternehmen seitens der Researchagentur imug Vigeo Eiris einen Eintrag zum Nachhaltigkeitskriterium „schwerwiegende/systematische Verletzung von Sozialstandards in der Lieferkette“ erhalten. Das Unternehmen wurde beschuldigt, chinesische Fabriken unter Vertrag zu nehmen, die Zwangsarbeitsprogramme gegen Mitglieder der Minderheit der Uiguren anwenden.

Im Juli 2020 wurde der Nike-Zulieferer Changji Esquel Textile als eines von elf Unternehmen auf die schwarze Liste des U.S. Department of Commerce's Bureau Industry and Security wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen an uigurischen Muslimen in China gesetzt.

Bereits im März 2020 hatte das Australian Strategic Policy Institute (ASPI) einen Bericht veröffentlicht, in dem Nike neben 83 weiteren Unternehmen genannt wurde, die von der Nutzung potenziell missbräuchlicher Arbeitsvermittlungsprogramme profitieren. Laut dem Bericht werden mehr als 80.000 uigurische Einwohner und ehemalige Gefangene aus der nordwestlichen Region Xinjiang in China in Fabriken zwangsweise beschäftigt. Australian Strategic Policy Institute (ASPI) stellt dar, dass Tausende von Uiguren in Fabriken in ganz China eingesetzt werden, und zwar unter Bedingungen, die laut des ASPI-Berichtes "stark auf Zwangsarbeit schließen lassen". Auf Basis dieser neuen Anschuldigungen hat die Ratingagentur imug Vigeo Eiris ihre Meinung über den Schweregrad des Falles auf „hoch“ gesetzt.

Gemäß unserer Nachhaltigkeitskriterien werden Unternehmen bei drei Einträgen im Bereich Sozialstandards und Zwangsarbeit aus dem ACATIS Fair Value Universum ausgeschlossen.

Laut eines Artikels in der New York Times vom 29. November 2020 befinden sich Nike, The Coca-Cola Company, Apple und HSBC unter einer Reihe von Unternehmen, die versuchen, ein Gesetz zu schwächen, das Importe aus einer Region Chinas verbietet, in der Produkte durch Zwangsarbeit von einer Minderheit hergestellt werden. Die Gesetzesvorlage, genannt Uyghur Forced Labor Prevention Act, verbiete den Import einer Vielzahl von Materialien aus der Xinjiang-Region in China, um gegen Menschenrechtsverletzungen durch die chinesische Regierung vorzugehen, berichtete die New York Times.

Rainer Unterstaller  
ACATIS Fair Value Investment AG